

Die Jusos sind die SPD der 80er Jahre! (So W. Roth, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten).

Innerhalb der SPD sind die Jungsozialisten eine Arbeitsgemeinschaft der Mitglieder unter 35 Jahren. Die Mitgliederzahl wird mit mehr als 250 000 angegeben. Auf ihren Kongressen haben die Jusos eindeutig linksextremistische Beschlüsse verabschiedet.

Ziele der Jungsozialisten

„Eine sozialistische Bundesrepublik in einem sozialistischen Westeuropa, etwa nach jugoslawischem Vorbild“

(Karsten Voigt, in DIE WELT vom 20. 12. 1969).

„Die sozialistischen Kräfte in der SPD müssen gestärkt werden, damit sie von einer Minderheit zur Mehrheit werden können“

(Thesen, Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover am 11./12. 12. 1971).

„Wir wiegen uns nicht in der Hoffnung, den Sozialismus allein mittels Stimmzettel zu erreichen“

(Heinz Kopp, stellvertretender Juso-Vorsitzender, Juso-Kongreß Oberhausen am 26. 2. 1972).

„Aufgabe zukünftiger Politik und stetig anzustrebende Zielvorstellung bleibt die Solidarisierung breiterer Volksschichten durch eine neue, noch zu entwickelnde sozialistische Theorie und Praxis. Nur so kann das derzeitige Gesellschaftssystem überwunden werden, nur dadurch verwirklichen wir den Sozialismus“

(Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten in München, 5.—7. Dezember 1969).

„Die unabdingbare Voraussetzung für jede Reformpolitik besteht darin, daß die Reformen nicht systemerhaltend, sondern systemverändernd sind“

(Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Bremen, 11.—13. Dezember 1970).

„Die effizienteste Möglichkeit, gegen das System vorzugehen, bestünde zweifellos in seiner Abschaffung, d. h. in der Substitution von privater Verfügungsgewalt über Produktionsmittel durch gesellschaftliche Verfügungsgewalt“

(Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Bremen, 11.—13. Dezember 1970).

„Die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel taugt in seiner allgemeinen Form jedoch nicht dazu, die Massen für eine sozialistische Politik zu gewinnen. Es ist notwendig, aus ihr Forderungen abzuleiten, die zur Vergesellschaftung hinführen, die aber an den für die Menschen erfahrbaren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ansetzen“

(Thesen, Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover, 11./12. Dezember 1971).

„Mitbestimmung darf nicht Ziel an sich sein, sondern muß als ein Mittel zur Erringung von mehr Macht für die Arbeitnehmer verstanden werden, um die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen“

(Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Bremen, 11. bis 13. Dezember 1970).

„Daraus folgt, daß wir unsere politische Praxis vorrangig an dem Ziel orientieren müssen, wie können wir dazu beitragen, daß sich die organisierte Macht der Arbeiterklasse in einem solchen Ausmaß entfaltet, daß die Krisenreaktion der Unternehmer sich gegen sie selbst kehrt — und zwar dergestalt, daß die Arbeiter schließlich die vom Kapital stillgelegte Produktion selbst übernehmen (Selbstorganisation)“

(Thesen, Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover, 11./12. Dezember 1971).

„Ebenso notwendig ist die Mobilisierung für Ziele wie Durchsetzung einer differenzierten Globalsteuerung der Wirtschaft in Richtung auf eine demokratisch kontrollierte Wirtschaftsplanung über eine Kontrolle der Investitionen und eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien sowie des Banken- und Kreditwesens, um den Übergang zum Sozialismus einzuleiten“

(Thesen, Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover, 11./12. Dezember 1971).

„Wo liegt denn die Gewaltanwendung? Doch wohl nicht auf Seiten derjenigen, die das System als Funktion abschaffen wollen und sich sehr klar darüber sind, daß die physische Vernichtung eines Herrn Abs, Flick, Vogel, Schiller etc. nichts einbrächte, da doch die Machtverhältnisse, die diese Personen hervorbringen, nicht automatisch mitverschwinden würden“

(Juso-Information der Münchner Jungsozialisten, Nr. 5/1971).

„Die Vermögenspolitik kann den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten nicht verbessern, daher sind individuelle Vermögenspläne völlig überflüssig“

(Beschlüsse des Bundeskongresses der Jusos in Bremen, Dezember 1970).